

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

ATOMPOLITIK

	Was droht mit Merz und Co?	Was wollen die Grünen?
<p>Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Wir alle tragen die Risiken eines Reaktorunfalls oder müssen für Millionen von Jahren mit dem gefährlichsten Müll der Menschheitsgeschichte umgehen. Die angeblich neuen sicheren Reaktormodelle ebenso wie die Kernfusion sind Traumschlösser, die womöglich niemals realisiert werden, jedoch Forschungsgelder verschlingen. Atomkraft ist um ein Vielfaches teurer als erneuerbare Energien und zu langsam, um als Klimaschutzmaßnahme wirksam zu sein. Atomkraft ist von gestern, in den flexiblen Energiesystemen von morgen hat sie keinen Platz. Das Festhalten an überholten Energiequellen verhindert Zukunftschancen. Die Atomdebatte ist gegen die Energiewende gerichtet und schadet in mehrfacher Hinsicht dem Klimaschutz.</p>	<p>CDU, FDP, AfD und tendenziell auch BSW suggerieren, mit Atomkraft jetzt oder in Zukunft sei die Energieversorgung gesichert und ein radikales Umlenken nicht notwendig. Die Stoßrichtung lautet „Weiter so!“ und „Atomkraft statt Verzicht“. Damit wird die Akzeptanz für sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung weiter verringert. Gelder für die Energiewende drohen auf EU-Ebene und für sinnlose Forschungsvorhaben in den Atomsektor zu fließen. Ein konkreter Wiedereinstieg oder auch das Wiederanfahren der alten AKW ist aktuell nicht denkbar. Die Debatte bedient jedoch das Narrativ „Atomausstieg war ein Fehler“ und „Atomausstieg ist ein ideologischer Sonderweg“. Befeuert durch die populistische Scheindebatte steigt die Pro-Atom-Stimmung in Deutschland.</p> <p>Zitat / Aufhänger / Fake News Atomkraft schafft vermeintlich Energieunabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Klimaneutralität, kostengünstige Energieversorgung</p> <p>Alte AKW sollen laut CDU und Co wieder in Betrieb genommen werden</p> <p>CDU will neue Small Modular Reactors (SMR) und Kernfusion für zukünftig Energieversorgung</p> <p>„Deutscher Alleingang“ – Der Atomausstieg war laut CDU und Co ein Fehler (Strom teurer u. knapp)</p>	<p>Mit uns wird es kein Zurück zur Atomenergie geben:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Bis heute existiert in Deutschland kein Endlagerstandort für radioaktiven Müll.2. Atomenergie ist teuer:<ul style="list-style-type: none">- Atomenergie kostet zwischen 13,6 und 49,0 Cent pro Kilowattstunde- Zum Vergleich: Photovoltaik kosten zwischen 4,1 und 14,4 Cent pro Kilowattstunde- Offshore-Windenergieanlagen kosten zwischen 5,5 und 10,3 Cent pro Kilowattstunde- Onshore-Windenergieanlagen kosten zwischen 4,3 und 9,2 Cent pro Kilowattstunde3. Es dauert Jahrzehnte, neue Atomkraftwerke zu bauen. Wir brauchen die Energie aber sofort. Deshalb sollte man die Alternativen nutzen, die jetzt, günstig und sauber zur Verfügung stehen. Und das sind Erneuerbare.

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

ENERGIEWENDE		
	Was droht mit Merz und Co?	Was wollen die Grünen?
<p>Energie in Bürger*innenhand ist die Erfolgsgeschichte für die Energiewende. Die Hälfte des Erneuerbaren-Ausbaus wurde von Bürger*innen getragen, ob privat oder gemeinschaftlich auf dem eigenen Haus, auf dem Schuldach oder in genossenschaftlichen Windparks. Dort, wo Menschen gemeinschaftlich Energie erzeugen, steigt die Akzeptanz für das gesamtgesellschaftliche Projekt der Energiewende. Dass generell eine hohe Zustimmung zu Erneuerbaren besteht, zeigen auch die aktuellen Zahlen der Fachagentur Wind und Solar: 79 % der Menschen sind mit den Windenergieanlagen in ihrer Umgebung einverstanden.</p> <p>Dort, wo Menschen gemeinsam von den finanziellen Vorteilen profitieren, werden die enormen Transformationsschritte von Hindernissen zu Chancen. Dort, wo Bürger*innen gemeinsam Windparks, Nahwärmenetze und Ladeinfrastruktur schnell voranbringen, werden die Wirtschaft gestärkt und die Auswirkungen der Klimakrise begrenzt. Dort, wo Menschen gemeinsam Lösungen finden, werden die Demokratie gestärkt und der Populismus in die Schranken gewiesen. Eine dezentrale Energiewende bietet außerdem Vorteile für den Naturschutz. Große Infrastrukturen wie z.B. Hochspannungsleitungen, aber auch Offshore-Windparks können vermieden und dadurch negative Eingriffe in die Natur reduziert werden.</p>	<p>Generalangriffe auf Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere Windenergie</p> <p>Preisdebatte: Immer wieder werden EEG-Kosten debattiert und ein Aussetzen der Förderung.</p> <p>Es droht ein fossiler Lock-In* wenn eine Überkapazität an Gaskraftwerken zugebaut wird. (* = enge Kundenbindung an Produkte/Dienstleistungen oder einen Anbieter, die es dem Kunden wegen entstehender Wechselkosten und sonstiger Wechselbarrieren erschwert, das Produkt oder den Anbieter zu wechseln)</p> <p>Zitat / Aufhänger / Fake News</p> <p>Merz – Windräder abbauen, „weil sie hässlich sind“: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cdu-merz-windraeder-abbauen-weil-sie-haesslich-sind/100086819.html</p> <p>„Windkraft sei eine Übergangstechnologie, glaubt CDU-Kanzlerkandidat Merz“: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/CDU-Wie-ernst-nimmt-Merz-die-Klimakrise,cduklima100.html</p>	<p>Mit grüner Energieversorgung die Klimaziele erreichen und Wohlstand schützen</p> <p>Kohleausstieg und beschleunigter Ausbau von Wind- und Solarkraft</p> <p>Europa als Energieunion</p> <p>Stärkung der Energieeffizienz</p> <p>Wärmewende für einen klimaneutralen Gebäudesektor</p> <ul style="list-style-type: none">• Stärkung des Industriestandorts Deutschland• Erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik massiv (= Standortvorteil)• Bezahlbare Energie- und Strompreise• Nur Erneuerbare garantieren eine unabhängige und auf Dauer günstige Energieversorgung und sorgen langfristig für eine finanzielle Entlastung der Verbraucher*innen.

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

UMWELTGERECHTE MOBILITÄT FÜR ALLE

	Was droht mit Merz und Co?	Was wollen die Grünen?
<p>Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasemissionen seit 1990 nicht gesunken sind. Nach einem Rückgang während der Corona-Pandemie sind sie zuletzt wieder gestiegen. Aufgrund von Maßnahmen in anderen Sektoren steigt der Verkehrsanteil an den Gesamtemissionen stetig. Die Abschwächung des Bundes-Klimaschutzgesetzes hat den Druck auf die Politik verringert, schnell wirksame Maßnahmen zur CO₂-Reduktion durchzuführen. Es steht zu befürchten, dass auch in einer neuen Legislaturperiode notwendige Maßnahmen nur teilweise oder gar nicht umgesetzt werden. Starke Beharrungskräfte in Wirtschaft und Politik behindern den notwendigen Umbau der Mobilitätswirtschaft und die Art, wie Mobilität gestaltet wird. Das gilt sowohl für die Einstufung des (privaten) Autos als Verkehrsmittel Nummer eins als auch für das Festhalten am Verbrennungsmotor.</p> <p>Dies ist mit zahlreichen Folgen verbunden, wie Flächenversiegelung und Naturzerstörung durch Straßenneu- und -ausbau, hohem Energieverbrauch, Lärm, Schadstoffen und Verkehrstoten. Zudem werden Menschen mit Behinderungen, Kinder, ökonomisch schlechter Gestellte und andere im aktuellen Mobilitätssystem benachteiligt. Das steht im Widerspruch zu dem Anspruch, dass alle Menschen gleichwertigen Zugang zu Mobilität erhalten sollen. Hier droht mit steigenden Kosten (z. B. durch höhere Emissionsabgaben) auch mehr Mobilitätsarmut, der durch eine gute Versorgung</p>	<p>Durch die Politik des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) und der letzten Verkehrsminister von CSU und FDP wurde es versäumt, die Menschen darauf vorzubereiten, dass Veränderungen im Mobilitätsbereich nötig sind und gestaltet werden können. Der Wahlkampf der Union könnte dort ansetzen, wo Menschen sich übergangen und nicht mitgenommen fühlen.</p> <p>Ein Beispiel ist der Übergang zu E-Autos. Anders als in anderen Ländern wie Norwegen, den Niederlanden oder Schweden wurden durch konservative Politik Zweifel an Reichweite, Lademöglichkeiten und Nachhaltigkeit geschürt, die bei einem nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung verfangen haben. Hinzu kommt, dass die deutsche Automobilindustrie Entwicklungen nicht erkannt oder ignoriert hat. Die Konzerne haben sich auf lange bekannte und demokratisch (unter Einfluss der Autolobby!) ausgehandelte Grenzwerte nicht eingestellt und erwarten jetzt, dass die Bundespolitik diese verwässert oder verschiebt.</p> <p>Hier werden sich wohl alle Parteien positionieren. Die Union vertritt jedoch – neben FDP, AfD und BSW – den rückwärtsgewandtesten Ansatz und will das Verbrenner-Aus (das es so ja nicht gibt, weil auch nach 2035 noch Verbrenner zugelassen werden dürfen, die ausschließlich mit E-Fuels betankbar sind) komplett kippen.</p> <p>Eine weitere entscheidende Frage ist die Finanzierung der Bahn im Spannungsfeld mit dem Straßenneubau. Aktuell mehren sich die Berichte,</p>	<p>Die Verkehrswende sozial und ökologisch gestalten</p> <ul style="list-style-type: none">• Stärkung von Bus und Bahn durch mehr Investitionen• Bus und Bahn klimafreundlich und bezahlbar machen• Das europäische Schienennetz und Nachtzugangebote ausweiten• Fahrradwege in Stadt und Land ausbauen und vernetzen• Umstieg auf Elektromobilität bis 2035 – auch im Güterverkehr• Mehr Entscheidungskompetenz der Kommunen• Deutschlandticket beibehalten• In strukturschwachen Regionen braucht es regelmäßige, verlässliche und barrierefreie Anbindungen an den ÖPNV, zum Beispiel durch Schnellbuslinien, und an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre.

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

mit öffentlichen Angeboten entgegengewirkt werden sollte.

dass nicht einmal für die „Generalsanierung“ der Bahn genug Mittel zur Verfügung stehen. An notwendige Aus- und Neubauten wird also nur zu denken sein, wenn es von der CDU ein klares Bekenntnis zur Schiene gibt. Dass daran gezweifelt werden kann, zeigen Aussagen, die aktuelle Finanzierungspraxis (in der Mittel aus der Lkw-Maut in die Schiene fließen) abzuschaffen. Laut Unions-Aussagen sollen alle Einnahmen aus der Straße auch wieder in die Straße fließen, also in Sanierung, Aus- und Neubau.

Zusätzlich wird darüber nachgedacht, die Autobahn GmbH und das Maut-Unternehmen Toll-Collect GmbH zu verschmelzen. Dieses neue Unternehmen könnte dann Kredite aufnehmen, um damit neue Autobahnen und Bundesstraßen zu bauen. Bei der Schiene strebt die Union hingegen eine Trennung von Netz und Betrieb an. Hier befürchten wir, dass der Konzern dadurch für viele Jahre handlungsunfähig wird.

Zitat / Aufhänger / Fake News

CDU will über Verbrenner-Aus im Bundestag neu abstimmen lassen:

https://www.focus.de/auto/news/wackelt-das-gruene-verbot-cdu-will-ueber-verbrenner-aus-im-bundestag-neu-abstimmen-lassen_id_260460785.html

Killt Friedrich Merz das Deutschlandticket?

<https://www.spiegel.de/auto/deutschlandticket-killt-friedrich-merz-das-billigabo-fuer-bus-und-bahn-a-fa63bfc6-4413-4bc5-8fb7-6e2ac5922617>

Union denkt über Abschaffung nach: Das ist die Wahrheit über das Deutschlandticket:

<https://www.merkur.de/wirtschaft/union-denkt-ueber-abschaffung-nach-das-ist-die-wahrheit-ueber-das-deutschlandticket-zr-93426405.html>

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

SOZIALE WÄRMEWENDE		
	Was droht mit Merz und Co?	Was wollen die Grünen?
<p>Gebäude sind für rund ein Drittel der CO₂-Emissionen Deutschlands verantwortlich. Sieben von acht Wohnungen in Deutschland werden aktuell durch fossile Energieträger beheizt. Der Energieverbrauch ist hoch, die Sanierungsrate auf einem Rekordtief.</p> <p>Die Abhängigkeit von fossilem Gas und Öl hat in den letzten Jahren zu massiven Kostensteigerungen und Unsicherheit beim Heizen geführt. Hohe Heizkosten belasten immer mehr Menschen. Um langfristig klimaschonend und für alle finanzierbar zu heizen, müssen wir auf erneuerbare Wärme und die Senkung des Energieverbrauchs setzen. 2023 geriet der Klimaschutz in Gebäuden durch die Verhetzungs-Kampagne gegen das „Heizungsgesetz“ – der Reform eines Teils des Gebäudeenergiegesetzes, GEG – unter Beschuss. Das Thema kocht nun im Wahlkampf wieder bei der Union und FDP hoch, auch um Stimmung gegen Bündnis 90/Die Grünen bzw. gezielt Robert Habeck zu machen. Die Argumentation folgt kurzfristigen Geschäftsinteressen von Unternehmen der fossilen Energieversorgung.</p> <p>Parallel meldet sich Klara Geywitz (SPD) zu Wort und zweifelt an der Sinnhaftigkeit von Effizienzanforderungen an Gebäude, unterstützt von einer Kampagne der Immobilien- und Bauwirtschaft.</p> <p>Die geforderte Abkehr von bisherigen Regelungen würde zu tiefer Verunsicherung bei Menschen führen, Heizkosten erhöhen und hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen.</p>	<p>Die Union aber auch die FDP wollen das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in der bisherigen Form „abschaffen“, mindestens große Korrekturen vornehmen. Sie zielen dabei auf die 2023 verabschiedeten Vorgaben für neu eingebaute Heizungen ab. Ihr Ziel ist, das Gesetz noch „technologieoffener“ zu gestalten. Was genau sie vorhaben, ist noch nicht klar. Speziell soll wahrscheinlich v.a. der Einsatz von Biomethan und „grünem“ Heizöl sowie von Biomasse weniger eingeschränkt werden.</p> <p>Union und FDP setzen außerdem stark auf den Emissionshandel im Gebäudebereich, der ab 2027 startet. Ihrer Meinung nach brauche es damit kein oder zumindest deutlich weniger Ordnungsrecht und auch deutlich weniger Förderung. Insgesamt ist damit also mit einer Schwächung des aktuellen Instrumentenmixes zu rechnen, inkl. eines Rückgangs an Fördermitteln. Union und FDP haben darüber hinaus kein Interesse an einer sozialen Ausgestaltung der Maßnahmen.</p> <p>Wohnpolitisch geht es ihnen vor allem um die Neubildung von Eigentum statt um sozialen Klimaschutz. Im Mietwohnungsbereich stünden die (Profit-)Interessen der Vermietenden anstatt des Schutzes der Mietenden im Fokus.</p> <p>Die SPD, insbesondere Klara Geywitz, will ebenfalls das Gesetz reformieren. Sie bezieht sich jedoch vor allem auf Vorgaben zur Effizienz von Gebäuden (wobei auch die SPD gerne weniger Restriktionen für das Heizen mit Biomasse hätte). Sie hat bereits in Förderprogrammen für den</p>	<p>Wärmewende für einen klimaneutralen Gebäudesektor</p> <p>Ohne Wärmewende keine Energiewende. Denn auf den Gebäudesektor entfällt ein großer Anteil der CO₂-Emissionen. Deswegen müssen sowohl Wohn- als auch öffentliche Gebäude bis 2045 klimaneutral werden. Dreh- und Angelpunkt sind hohe Bau- und Sanierungsstandards. Beim Heizen wollen wir Erneuerbare einsetzen, wo immer möglich. Im September 2023 hat die Bundesregierung die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (“Heizungsgesetz”) und im November 2023 das Wärmeplanungsgesetz verabschiedet. Diese schaffen Planungssicherheit für Bürger*innen und klären, wer mit einem Fernwärmeanschluss rechnen kann oder sich für eine andere klimafreundliche Heizungsoption entscheiden sollte. Durch gezielte Förderung und eine faire Aufteilung der Kosten sorgen wir dafür, dass es bei der Wärmewende sozial gerecht zugeht.</p>

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

Andersherum gesagt: Effiziente, mit erneuerbarer Wärme versorgte Gebäude sind essenziell für bezahlbare Heizkosten, ein gesundes Wohnklima, eine sichere Energieversorgung und die Entschärfung der Klimakrise.

Neubau von Gebäuden dafür gesorgt, dass stärker die CO₂- Gesamtbilanz über den Lebenszyklus hinweg betrachtet wird, statt Vorgaben z.B. an die Effizienz von Gebäuden zu stellen. Damit kann eine Solaranlage auf dem Dach z.B. hohe Emissionen, die durch die Nutzung von Zement und Stahl bei der Errichtung der Gebäude entstehen oder einen hohen Energieverbrauch in der Nutzungsphase des Gebäudes ausgleichen. Sie folgt damit den Argumenten der Immobilienlobby, die dazu eine Kampagne gestartet hat.

Zitat / Aufhänger / Fake News

FDP: GEG ist ein teures Bürokratiemonster, CDU: die Wahl der Heizung soll eine Frage der Vernunft, nicht der Ideologie sein

<https://www.tagesspiegel.de/politik/union-und-fdp-fur-abschaffung-das-heizungsgesetz-wird-zum-wahlkampfthema-12779174.html>

CDU: „So wie das Gesetz aufgebaut ist, muss es weg. Wir wollen eine grundlegend andere Regelung und setzen dabei auf eine konsequente CO₂-Bepreisung statt auf Bevormundung.“

<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/thorsten-frei/fragen-antworten/wird-die-cdu-unterkanzler-merz-das-geg-heizungsgesetz-fuer-die-buerger-stoppen>

CDU will Heizungsgesetz kippen und stellt Wärmepumpenförderung in Frage:

https://www.focus.de/auto/elektroauto/news/cdu-will-heizungsgesetz-kippen-was-dies-fuer-die-waermepumpenfoerderung-bedeutet_id_260491832.html

Klara Geywitz: „Ich will vor allem, dass wir die Dekarbonisierung so sinnvoll und preiswert wie

Informationen zur Bundestagswahl (Zusammenfassung)

Quellen: Factsheets zur Bundestagswahl 2025/BUND

www.gruene.de/themen

	<p>möglich machen. Tatsächlich haben wir uns in der Vergangenheit zu sehr auf das Thema Energieeffizienz gestürzt, was zu teils absurden Fällen führen kann.“</p> <p>https://www.focus.de/finanzen/news/bau-ministerin-geywitz-habeck-hat-sich-das-heizungsgesetz-nicht-ausgedacht_id_260518636.html</p> <p>„Habecks Heizgesetz am Ende“</p> <p>https://www.bild.de/politik/inland/auch-die-spd-will-es-jetzt-aendern-habecks-heizgesetz-am-ende-67473583a6f9fc5a830f2cf5</p>	
--	---	--